

## Vorlage Stadtparlament

**Datum** 20. März 2018  
**Beschluss Nr.** 1549  
**Aktenplan** 152.15 Stadtparlament: Parlamentarische Vorstösse

### Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2018

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:  
-
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
  1. Ergänzung der Bauordnung; um ein Jahr
  4. Wildnispark Goldacher Tobel; um ein Jahr
  5. Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz; bis Ende 2019
  8. Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“; um zwei Jahre
  13. Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan; bis Ende 2020
  15. Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften; um zwei Jahre
  19. Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen!; um zwei Jahre
  20. Umgang mit unternehmerischen Risiken bei der Energiebeschaffung in der sgsw; um ein Jahr

---

Das Geschäftsreglement des Stadtparlaments (sRS 151.1) definiert in seinen Artikeln 65 und 66, für welche Anliegen eine Motion und für welche Anliegen ein Postulat zulässig ist.

Mit einer **Motion** kann beantragt werden, dass der Stadtrat den Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung,
- für ein rechtsetzendes Reglement
- oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

Der Inhalt einer Motion muss also einen Sachverhalt betreffen, zu dessen Regelung das Stadtparlament zuständig ist. Für alle anderen Sachverhalte wäre eine Motion unzulässig.

Mit einem **Postulat** kann beantragt werden, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung
- oder den Erlass eines Reglements vorzulegen
- oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

Im Unterschied zu einer Motion wird der Stadtrat also mit einem Postulat lediglich dazu verpflichtet, "zu prüfen, ob" etwas getan werden solle, und darüber Bericht zu erstatten; selbstverständlich kann er (freiwillig) im Postulatsbericht dann auch gleich einen konkreten Antrag stellen, wenn er während seiner Prüfung des Sachverhalts zum Schluss kommt, dass dies sinnvoll wäre. Ein weiterer Unterschied zu einer Motion besteht darin, dass es bei einem Postulat nicht um ein "rechtsetzendes" Reglement gehen muss (für deren Erlass das Stadtparlament zuständig ist), sondern einfach um ein "Reglement" gehen kann; es ist also denkbar, mit einem Postulat anzuregen, dass der Stadtrat prüft, ob er in seiner eigenen Kompetenz ein Reglement erlassen solle; der Postulatsbericht wird dann darüber Auskunft geben, aber nichts an der Kompetenzordnung ändern, dass der Stadtrat ein solches Reglement selber beschliessen würde und nicht dem Stadtparlament als Antrag unterbreiten müsste. Auch die dritte Möglichkeit für ein Postulat, "prüfen und Bericht erstatten, ob eine Massnahme zu treffen sei", ist ein Unterschied zu einer Motion: es ist nicht gefordert, dass es um einen Beschluss gehe, der in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fällt; der Postulatsbericht wird also darüber Auskunft geben, ob der Stadtrat selber oder eine einzelne Direktion eine Massnahme in eigener Kompetenz treffen werde.

Sowohl für eine Motion als auch für ein Postulat gilt ein zweistufiges Verfahren:

- in einem ersten Schritt hat der Stadtrat dazu Stellung zu nehmen, ob die eingereichte Motion bzw. das eingereichte Postulat "erheblich erklärt", d.h. weiterbearbeitet werden soll; der Stadtrat muss diese Stellungnahme spätestens für die dritte Stadtparlamentssitzung abgeben, welche jener Sitzung folgt, an welcher die Motion bzw. das Postulat eingereicht wird (Artikel 68 Geschäftsreglement Stadtparlament); die fachliche zuständige Kommission des Stadtparlaments wird diesen Antrag des Stadtrats zu Handen Parlamentsplenum vorberaten;
- nach erfolgter Erheblicherklärung soll der Stadtrat den erteilten Auftrag "zügig ausführen" (Artikel 71).

Falls eine erheblich erklärte Motion bzw. ein erheblich erklärtes Postulat mehr als zwei Jahre nach dem Datum der Erheblicherklärung noch anhängig ist, d.h. noch nicht nach der parlamentarischen Diskussion des entsprechenden Motions- bzw. Postulatsberichts "abgeschrieben" (d.h. als erledigt erklärt) worden ist, hat der Stadtrat die Verzögerung zu begründen und Antrag für das weitere Vorgehen, i.d.R. für eine Fristerstreckung zu stellen (Artikel 73b Absatz 2).

Solche Fristerstreckungen sind vor Ablauf der geltenden Frist zu beantragen und zum Beschluss durch das Stadtparlament vorzulegen; dies geschieht im Rahmen der jährlichen Berichterstattung des Stadtrats über die anhängigen Motionen und Postulate (Artikel 73b Absatz 1). Diese Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate wird jeweils für die Sitzung des Stadtparlaments vor den Sommerferien traktandiert, an welcher auch der Geschäftsbericht und die Rechnung des abgelaufenen Jahres behandelt werden.

Im folgenden Kapitel 2 wird nun der Stand der Arbeiten bei jeder einzelnen erheblich erklärten Motion bzw. bei jedem einzelnen erheblich erklärten Postulat erläutert und, falls nötig, ein Antrag gestellt.

## a) Motionen

### 1 Ergänzung der Bauordnung

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnete nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

#### Stellungnahme:

*Im vergangenen Jahr hat das Stadtparlament entgegen dem Antrag des Stadtrates darauf verzichtet, die Motion abzuschreiben. Aus diesem Grund wurde verwaltungsintern versucht, zügig eine Anpassung der Bauordnung im Sinne der Motion auszuarbeiten. Dabei musste festgestellt werden, dass der Spielraum im Energiebereich aufgrund der Anpassungen im übergeordneten Recht, wie angenommen, sehr eingeschränkt ist. So sind die in der Motion explizit erwähnten Massnahmen bereits auf übergeordneter Ebene umgesetzt und seither auch auf kommunaler Ebene anwendbar. Es bringt keinen Mehrnutzen, diese Bestimmungen auch auf kommunaler Ebene nochmals festzuschreiben. Deshalb kann im Rahmen des Motionsauftrags einzig noch geprüft werden, ob und in welchem Umfang in der Motion bisher nicht explizit erwähnte Regelungen möglich resp. zweckmässig sind. Für diese Abklärungen, die eigentlich im Zusammenhang mit der ohnehin anstehenden Revision von Zonenplan und Bauordnung hätten getätigt werden sollen, wird mehr Zeit benötigt als bis im Sommer 2018.*

#### Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung der Motion um ein Jahr zu verlängern.*

### 2 Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments

erheblich erklärt am 28. März 2017, Fälligkeit 28. März 2019

Der Stadtrat wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadt Si. Gallen vorgibt.

Die Motion „Entschädigungsreglement“ wird teilweise **mit einem abgeänderten Wortlaut als Motion „Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments“ erheblich erklärt**: „Das Präsidium des Stadtparlaments wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung des Stadtparlaments sowie der parlamentarischen Kommissionen vorgibt.“

#### Stellungnahme:

*Der Motionsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.*

#### Antrag:

-

### 3 Neufassung „Reglement über Ruhegehalt und Entschädigungen bei Nichtwiederwahl von Angestellten (sRS 196.1)“

erheblich erklärt am 27. Juni 2017, Fälligkeit 29. Juni 2019

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Parlament baldmöglichst Bericht zu erstatten und Antrag für ein neu zu erlassendes «Reglement über Ruhegehalt und Entschädigungen bei

Nichtwiederwahl von Angestellten» [sRS 196.1] zu stellen. Das neue Reglement soll den Ansprüchen entsprechen, dass für ausscheidende Stadträte eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird, welche die Anspruchsberechtigten nicht in eine finanzielle Schieflage geraten lässt, aber auch die Stadtkasse nicht mehr so stark und über einen langen Zeitraum belastet wird. Im Weiteren soll es eine sozialverträgliche Regelung bei Rücktritt aus Gesundheitsgründen, ohne dass Invalidität vorliegt, beinhalten. Zudem soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen das neue Reglement eine Übergangsregelung vorsehen kann, welches ermöglicht, dass die Personen, die momentan ihr Ruhegehalt aufgrund der aktuellen Regelung beziehen, ihr Ruhegehalt pro futuro nach der neuen Regelung erhalten.

Stellungnahme:

Das Geschäft ist in Bearbeitung und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

<b>b) Postulate</b>
---------------------

**4 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 4. Juli 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Stellungnahme:

*Die vertiefte Überprüfung der 16 Einsprachen, welche im Herbst 2016 gegen die Schutzverordnung eingereicht wurden, konnte auf verwaltungsinterner Stufe abgeschlossen werden. Mit den meisten Einsprecherinnen und Einsprechern konnten Gespräche oder Korrespondenzen geführt werden. Drei Einsprachen wurden in der Folge auch zurückgezogen. Es musste aber auch festgestellt werden, dass gewisse Einsprachen ihre Berechtigung haben und die Schutzverordnung in gewissen Bereichen nochmals angepasst werden muss. Es ist deshalb nicht möglich, dem Stadtparlament die Schutzverordnung bis im Sommer 2018 vorzulegen.*

Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.*

**5 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz**

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

*Das Platzprojekt Broderbrunnen wird inhaltlich mit der Aufwertung und Neugestaltung der St.Leonhard-Strasse abgestimmt und terminlich koordiniert. Mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes und den damit verbundenen verkehrlichen Veränderungen auf der St.Leonhard-Strasse ist der Strassenzug ausführlich untersucht worden. Die Machbarkeitsstudie des Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) liegt seit dem Herbst 2016 vor. Es gliedert die*

*St. Leonhard-Strasse in drei Abschnitte. Die Unterteilung in die Abschnitte West (Geltenwilenstrasse – Gäbrisstrasse), Zentrum (Gäbrisstrasse bis Schützengasse) und Ost (Schützengasse bis Schibenertor) erfolgte einerseits wegen der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse hinsichtlich Verkehr und Gestaltung, andererseits wegen der unterschiedlichen zeitlichen*

*Dringlichkeit der baulichen Umsetzung. Mit den geplanten baulichen Ansätzen ergeben sich Chancen, die wichtige Strassenachse der St. Leonhard-Strasse inklusive Broderbrunnen aufzuwerten. Die geänderten funktionalen Bezüge des Fuss- und Veloverkehrs sollen dabei genauso berücksichtigt werden wie die Interessen des öffentlichen Verkehrs und des motorisierten Individualverkehrs. Auf der Basis des erarbeiteten Betriebs- und Gestaltungskonzepts sollen die Bauprojekte abschnittsweise und nach Priorität erarbeitet und etappenweise umgesetzt werden. Im östlichen Abschnitt zwischen der Schützengasse und dem Schibenertor wird die Gestaltung des Broderbrunnens ein wichtiger Bestandteil sein. In erster Priorität soll indes der Abschnitt ‚West‘ 2018/2019, in zweiter Priorität der Abschnitt ‚Zentrum‘ 2019/2020 und erst in dritter Priorität der Abschnitt ‚Ost‘ 2020/2021 umgesetzt werden. Die entsprechende Vorlage für den Abschnitt ‚Ost‘ wird dem Stadtparlament deshalb voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 unterbreitet. Die letztjährigen Annahmen betreffend Termin und Ablauf waren zu optimistisch. Aufgrund der aktuellen Projekt- und Investitionsplanung ist die beschriebene Priorisierung notwendig und der aus heutiger Sicht angegebene Zeitplan realistisch.*

Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist des Postulates bis Ende 2019 zu verlängern.*

## **6 Überprüfung Sondernutzungspläne**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) nach wie vor eine besondere Regelung erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Stellungnahme:

*Die Detailprüfung der rund 20 Sondernutzungspläne ist nun grossmehrheitlich abgeschlossen. Aus diesem Grund kann damit gerechnet werden, dass das Postulat dem Stadtparlament fristgerecht unterbreitet werden kann.*

Antrag:

-

## **7 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St. Gallen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St. Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen, und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

Stellungnahme:

*Die Auslegeordnung möglicher Veloverleihsysteme wurde unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Städte im vergangenen Jahr abgeschlossen. Die bisherigen Abklärungen*

*zeigen, dass derzeit schweizweit kein einheitliches System im Einsatz ist und dass Verleihsysteme erhebliche ungedeckte Kosten nach sich ziehen. Städte, die solche Systeme betreiben, versuchen, die finanziellen Defizite anstelle eines Subventionsausgleichs der öffentlichen Hand mittels Beiträgen von Sponsoren zu senken. Derzeit werden Vorschläge für ein passendes St.Galler Veloverleihsystem entwickelt mit dem Ziel, dass das Postulat innert Frist beantwortet werden kann.*

Antrag

-

**8 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“**

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 4. Juli 2019

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:  
Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?

Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus? Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?

Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzieller Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?

Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Stellungnahme:

*Die Strategie „3 Museen – 3 Häuser“ sieht einen Neubau für das Naturmuseum beim Botanischen Garten, den Umbau des Kunklerbaus sowie die Sanierung des Kirchhoferhauses zur alleinigen Nutzung durch das Kunstmuseum und die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums vor.*

*Die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums ist abgeschlossen. Der Neubau des Naturmuseums wurde im November 2016 eröffnet. Das Projekt Umbau Kunstmuseum befindet sich in einer Vorplanungsphase, es können deshalb keine präzisen Zahlen genannt werden. Im Rahmen der Vorlage „Subventionserhöhungen für das Naturmuseum und das Kunstmuseum für 2016 ff.“ (Vorlage Nr. 3375 vom 25. August 2015; vom Stadtparlament behandelt am 15. September 2015) wurde der Stand Sommer 2015 aller drei Museen dargelegt. Die Investitions- und Betriebskosten für das „neue“ Kunstmuseum können erst im Rahmen der Projektierung des Umbaus des Kunstmuseums und der Erneuerung des Kirchhoferhauses präzisiert werden. Die aktuelle Investitionsplanung des Hochbauamts sieht die Erneuerung des Kunstmuseums ab dem Jahre 2020 vor. Der Projektierungskredit soll dem Parlament voraussichtlich noch vor dem Sommer 2018 vorgelegt werden. Es ist vorgesehen, das Postulat zusammen mit dem Baukredit Umbau Kunstmuseum und Erneuerung Kirchhoferhaus abzuschreiben.*

Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um zwei Jahre zu verlängern.*

**9 Baukultur: Innovation ohne Reue**

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 4. Juli 2019

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament einen Bericht über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie,

Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen) vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

*Im Kanton St.Gallen wurden im ausgehenden Jahr im Bereich der Denkmalpflege neue Grundlagen geschaffen. Die Regierung des Kantons St.Gallen hat als Folge des Entlastungsprogramms 2013 bereits am 15. Dezember 2015 eine neue Verordnung über die Kantonsbeiträge an Erhaltung und Pflege schützenswerter Kulturgüter (VKBK) erlassen, welche die Entflechtung der Aufgaben im Bereich der Denkmalpflege zwischen Kanton und Gemeinde bezweckte. Diese Verordnung wurde nun am 1. Januar 2018 durch das kantonale Kulturerbe-gesetz (KEG) abgelöst, welches im Wesentlichen die Grundsätze der VKBK übernommen hat. Zudem beinhaltet das neue Planungs- und Baugesetz (PBG), das auf den 1. Oktober 2017 in Kraft gesetzt wurde, verschiedene Neuerungen betreffend den Schutz von Baudenkmalern und den Beizug der kantonalen Fachstelle im Bewilligungsverfahren. Im Zuge dieser Neuregelungen unterzeichneten die Stadt und der Kanton eine Zusammenarbeitsvereinbarung, mit welcher die Zuständigkeiten für die neu nach Bedeutung (national, kantonal, kommunal) eingestuften schützenswerten Kulturgüter geklärt wurden. Mit der unbefristeten Verlängerung dieser Vereinbarung ab dem 1. Oktober 2017 sind die denkmalpflegerischen Zuständigkeiten unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bis auf Weiteres festgesetzt. Damit ist die Grundlage gegeben, den Postulantinnen und Postulanten „über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie, Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen)“ Bericht zu erstatten. Das Postulat kann innert Frist beantwortet werden.*

Antrag:

-

**10 Ruckhalde ein Ort für autoarmes Wohnen**

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 5. Juli 2018)

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen eines Sondernutzungsplanes (Überbauungs- oder Gestaltungsplan) für das Gebiet Ruckhalden eine Wohnüberbauung nach den Grundsätzen des autoarmen Wohnens realisiert werden kann.

Stellungnahme:

*Die Ruckhalde ist ein zentrumsnahes, wichtiges Wohnentwicklungsgebiet. Nach der Inbetriebnahme des Ruckhaldentunnels durch die Appenzeller Bahnen, voraussichtlich im Herbst 2018, soll die Linienführung des künftig nicht mehr genutzten Bahntrasses als Provisorium für eine Langsamverkehrsverbindung dienen. Der Stadtrat hat deshalb im August 2017, rechtzeitig vor Inkrafttreten des neuen kantonalen Planungs- und Baugesetzes per 1. Oktober 2017, die Umzonung für das Gebiet Ruckhalde in die Wohnzone W4 eingeleitet. Gegen die Umzonung ging in der Folge eine Einsprache ein.*

*Im Zusammenhang mit den noch offenen Fragen hinsichtlich der Ausrichtung des anzustrebenden Wohnungsangebots (die Erarbeitung der Wohnraumstrategie gemäss Legislaturziel des Stadtrates wurde gestartet), der offenen Einsprache gegen die Umzonung sowie aus Ressourcengründen sind derzeit erst Vorbereitungsarbeiten für eine Entwicklungsplanung in Gang. Mit der eigentlichen Arealentwicklung konnte noch nicht begonnen werden. Unabhängig von der konkreten künftigen baulichen Entwicklung wird derzeit jedoch die grundsätzliche Eignung der Ruckhalde für autoarmes Wohnen geprüft. Es ist deshalb vorgesehen, das Postulat innert Frist zu beantworten.*

Antrag:

-

**11 Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt**

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 4. Juli 2018

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten:

- Wie hoch die existenziell notwendige Energiemenge auf Gemeindegebiet ist;
  - unter welchen Szenarien heute die existenziell notwendige Energieversorgung nicht sichergestellt ist;
- und Antrag zu stellen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht liegt vor. Er wurde erstmals für die Stadtparlamentssitzung vom 16. Januar 2018 traktandiert und wird voraussichtlich im März 2018 behandelt.*

Antrag:

-

## **12 Platz schaffen für ein lebendiges St. Leonhard**

erheblich erklärt am 11. Februar 2014; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob in Zusammenhang mit dem Vorhaben „Engpassbeseitigung A1“ Varianten möglich sind, welche auch folgenden Anliegen Rechnung tragen:

1. MiV, öV und LV im Raum Kreuzbleiche/St.Leonhard sollen entkoppelt werden mittels Verlagerung der gleisquerenden MiV-Hauptströme unter den Boden.
2. Der Betrachtungsperimeter darf nicht ausschliesslich autobahnfokussiert sein: Räumliche oder zeitliche Verlagerung von heutigen Engpässen ist zu vermeiden. Zentral dafür dürften die verkehrlich und städtebaulich optimale Anordnung der Ein- und Ausfahrten der unterirdische(n) MiV-Drehscheibe(n) sein sowie die flankierenden Begleitmassnahmen auf dem nachgeordneten Netz.
3. Frei gespielte Oberflächen sollen neu gestaltet werden: Einerseits für den öV und LV (entsprechend dem Auftrag im Verkehrsreglement) und andererseits zur Schaffung möglichst hoher Aufenthalts- und Lebensqualität in den angrenzenden Quartieren. Das Entwicklungspotential der Räume um Lagerhäuser und Lokremise/Rosenbergstrasse einerseits sowie Kreuzbleiche und Güterbahnhof andererseits soll optimal profitieren vom Wegfallen der Trennwirkung oberirdischer MiV-Ströme.
4. Proaktive Suche nach weitest möglicher Kosteneffizienz und Synergienutzung zwischen der laufenden Bundesplanung und den städtischen Entwicklungsvorstellungen, wie sie beispielsweise im Mobilitätskonzept erarbeitet werden.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht liegt vor. Er wurde erstmals für die Stadtparlamentssitzung vom 16. Januar 2018 traktandiert und wird voraussichtlich im März 2018 behandelt.*

Antrag:

-

## **13 Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan**

erheblich erklärt am 11. März 2014; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans zu prüfen und entsprechend Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

*Mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP werden Aufgaben und Finanzen verknüpft, um ein stärkeres Bewusstsein für strategische Entwicklungen in einem Gemeinwesen entste-*



hen zu lassen. Pro Aufgabe wird analysiert, wie sich Umfang und Qualität der erwarteten Leistungen in den kommenden Jahren (Periode wird vorgängig definiert, normalerweise 3 bis 5 Jahre) voraussichtlich verändern werden. Grundvoraussetzung ist neben den Grundsatzentscheiden der politischen Führung sowie der Verwaltungsführung auch die genaue Definition sämtlicher Aufgabenbereiche pro Dienststelle der Stadt, welche die Basis bilden für eine Kostenstellenstruktur. Das mittlerweile 20jährige VRSG-System bietet dafür keine Entwicklung mehr. Bis der Rechtsstreit zwischen Gemeinden und Abacus nicht geklärt ist, kann kein neues

Enterprise Resource Planning – Tool (ERP) eingeführt werden, was aber Voraussetzung für die effiziente Gestaltung und das Handling eines IAFP wäre. Die Vorbereitungen für die Einführung einer Kostenrechnung sind im Gang.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats bis Ende 2020 zu verlängern.

**14 Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?**

erheblich erklärt am 18. November 2014; Fälligkeit 18. November 2016 (keine Verlängerung)

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie und ob sich die Stadt St.Gallen an einem wissenschaftlichen begleiteten Pilotprojekt zur straffreien Abgabe von Cannabis, wie er in den genannten Städten geplant ist, beteiligen könnte.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung. Er wird noch vor den Sommerferien 2018 dem Stadtparlament vorgelegt.

Antrag:

-

**15 Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften**

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat sei daher ersucht, Bericht zu erstatten über eine systematische, nicht nur ökologisch, sondern auch zu verantwortende energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften (evtl. im Rahmen einer definierten „energetischen Sanierungsstrategie“ laut Energiekonzept 2050 und evtl. mittels eines entsprechenden Rahmenkredits) und gegeben falls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Die Methode zur umfassenden Zustandsanalyse (Grundlagendaten) der Gebäude im Finanzvermögen (FV) befindet sich zurzeit in der Pilotphase, die mit der Schaffung einer zusätzlichen befristeten Stelle Ende 2017 eingeleitet werden konnte. Erste konkrete Aussagen werden frühestens in einem Jahr möglich sein. Dann werden davon abgeleitet Unterhalts- und Sanierungsstrategien formuliert werden können. Eine neuerliche Fristerstreckung von zwei Jahre ist damit nötig.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist des Postulates um zwei Jahre zu verlängern.

**16 Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen**

erheblich erklärt am 24. November 2015; Fälligkeit 24. November 2017

Wir ersuchen den Stadtrat, Massnahmen aufzuzeigen, wie bei jeder Parlamentsvorlage die finanziellen Auswirkungen dargelegt werden können, sodass sich das Parlament darüber ein Bild machen kann, wenn es seine Entscheide fällt. Insbesondere soll in Abhängigkeit der einschlägigen Vorgaben (z.B. Abschreibungstabellen) der jährliche Abschreibungsbedarf sowie die jährlich wiederkehrenden Kosten über die nächsten 20 Jahre tabellarisch präsentiert werden.

Stellungnahme:

*Es ist vorgesehen, den Postulatsbericht für die Stadtparlamentssitzung vom 8. Mai 2018 zu traktandieren.*

Antrag:

-

**17 Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!**

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2020

Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und
3. das Taubenloch im Rahmen anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Markplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Stellungnahme:

*Mit der einstimmigen Zustimmung zur Vorlage „Sanierung des Waaghauses; Behebung der dringendsten Mängel; Verpflichtungskredit“ wurde dem Hochbauamt der Auftrag erteilt, das Waaghaus für die kommenden zehn Jahre zu ertüchtigen. Damit wird gewährleistet, dass das Waaghaus in den Betrachtungssperimeter des Projekts zur Neugestaltung des Markplatzes miteinbezogen werden kann. Mit der erfolgten kleinen Sanierung wurden die dringendsten Mängel behoben. Die Zukunft des Waaghauses wird damit nicht verbaut und der Betrieb ist gesichert.*

*Im Jahr 2017 wurde das partizipativen Verfahren „Forum Marktplatz“ durchgeführt. Bedingt durch die beiden abgelehnten Abstimmungsvorlagen wurde ein Vorgehen gewählt, welches Anspruchsgruppen, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung der Rahmenbedingungen und Ziele für den künftigen Marktplatz einbindet. Aus dem „Forum Marktplatz“ gingen Ergebnisse betreffend Marktplatz, Bohl und Blumenmarkt, jedoch keine konkreten Vorstellungen betreffend die künftigen Nutzungen von Waaghaus und Taubenloch hervor. Eine mögliche Nutzung des Erdgeschosses des Waaghauses als Ort für den ständigen Markt wurde im Rahmen des Forums diskutiert und aufgrund der geringeren Personenfrequenzen gegenüber dem bestehenden Standort auf dem Marktplatz mehrheitlich als wenig geeignet beurteilt.*

*Basierend auf der Ausgangslage mit den zwei letzten verlorenen Abstimmungen und den Ergebnissen des „Forum Marktplatz“ entschied sich der Stadtrat im Herbst 2017 dazu, für die Neugestaltung einen offenen, anonymen Wettbewerb durchzuführen. Weiter beschloss er aufgrund der Ergebnisse aus dem Forum, die Möglichkeiten der öV-Haltestellen am Bohl mit einer Verkehrsstudie vertieft zu untersuchen. Die Verkehrsstudie sowie die Erarbeitung des Wettbewerbsprogramms sind derzeit in Arbeit. Die Durchführung des Wettbewerbs ist für den Zeitraum bis Ende 2018 geplant.*

*Im Sommer 2017 haben Helvetia Versicherungen sowie Kanton und Stadt angekündigt, den Standort Union und Blumenmarkt als Standort für eine neue Bibliothek im Zentrum der Stadt zu prüfen. Die erfolgten Untersuchungen haben die Machbarkeit bestätigt. Die weiteren Planungsarbeiten sind auf den Prozess Marktplatz abgestimmt. So ist geplant, den Projektwettbewerb für die Bibliothek im Jahr 2019 durchzuführen, nach Vorliegen des Ergebnisse des Wettbewerbes Marktplatz.*

*Aufgrund dieser Sachlage ist eine Beantwortung des Postulats derzeit nicht möglich.*

Antrag:

-

#### **18 Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?**

erheblich erklärt am 23. Februar 2016, Fälligkeit 23. Februar 2018

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat, über die folgenden Fragen Bericht zu erstatten: Wie viel Geld hat die Pensionskasse der Stadt St.Gallen über direkte oder indirekte Beteiligungen in Öl, Erdgas oder Kohle investiert?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie hoch wird der Wertverlust bei Einhalten des Klimaziels geschätzt? Wird dieses Risiko in der Anlagepolitik berücksichtigt?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie beurteilt der Stadtrat den Widerspruch zwischen den umweltpolitischen Zielen der Stadt und den fossilen Anlagen der Pensionskasse?

Zur Vereinbarkeit der Investitionspolitik der Pensionskasse und der städtischen Klimapolitik

stellt sich in einem weiteren Zusammenhang ausserdem folgende, durchaus klimarelevante

Frage: Die Stadt St.Gallen hat den schrittweisen Atomausstieg beschlossen. Ist die Stadt

St.Galler Pensionskasse direkt oder indirekt an der Produktion von Atomenergie beteiligt?

Falls (1) die Pensionskasse der Stadt St.Gallen tatsächlich Vorsorgegelder in fossile Energien

angelegt hat oder (2) um solche Anlagen in Zukunft zu verhindern, wie müssten die gesetzlichen Grundlagen (z.B. das Pensionskassenreglement) geändert werden um eine

ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Anlage-politik zu gewährleisten?

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht liegt vor. Er wurde erstmals für die Stadtparlamentssitzung vom 14. Februar 2018 traktandiert und voraussichtlich im März 2018 behandelt.*

Antrag:

-

#### **19 Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen!**

erheblich erklärt am 23. Februar 2016, Fälligkeit 4. Juli 2018

Wir bitten daher den Stadtrat, zu den folgenden Fragen Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen:

1. In welchem Ausmass will die Stadt auch in Zukunft selber genügend günstige Wohnungen anbieten? Was für eine Strategie verfolgt die Stadt dabei?
2. Wo und in welchem Ausmass wird in nächster Zeit (Zeitraum 10-15 Jahre) günstiger Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften abgebrochen oder umgenutzt?
3. Wo und wie ist im erwähnten Zeitraum bei stadteigenem Wohnraum mit jetzt einfachem Ausbaustandard eine Verdichtung vorgesehen? Wird damit günstiger Wohnraum geschaffen oder vernichtet?
4. Was unternimmt die Stadt, um weiterhin genügend Wohnraum, mit einfachem Ausbaustandard und damit günstigem Mietzins selber anbieten zu können?

Stellungnahme:

*Für eine zielgerichtete Stadtentwicklung ist es bedeutsam, Kenntnisse über den baulichen Wohnraumbestand, Potenziale und Ansprüche der jetzigen und zukünftigen Wohnraumnutzenden wie auch der Anbietenden zu erarbeiten, um daraus die entsprechenden Massnahmen ableiten zu können. Zu quantitativen Indikatoren wie bspw. Anzahl, Grössen und Alter der Wohnbauten sind gute Datengrundlagen vorhanden. Fragen zur Qualität im Allgemeinen, zum Aufwertungsbedarf, zu Infrastrukturausstattungen, Wohntrends und zur Nachfrage nach speziellen Wohnformen, zu verfügbaren Bauland- und Verdichtungspotenzialen und den Qualitäten des Wohnumfelds lassen sich auf der Basis von vorhandenen statistischen Daten nur unzureichend beantworten. Aus diesem Grund wurde vom Stadtrat die Erarbeitung einer Wohnraumstrategie eingeleitet. Das Projekt soll bis Anfang 2020 die nötigen Erkenntnisse liefern und eine konsistente Wohnraumstrategie aufzeigen. Fast gleichzeitig mit dem Startschuss zur Wohnraumstrategie wurde auch die Erfassung der Grundlagendaten zu Gebäuden im städtischen Finanzvermögen (FV) auf eine neue Grundlage gestellt. Mit der Schaffung einer zusätzlichen, befristeten Stelle Ende 2017 konnte eine zweijährige Pilotphase zur umfassenden Zustandsanalyse eingeleitet werden. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen in die Arbeiten zur Wohnraumstrategie einfließen. Eine Beantwortung der mit dem Postulat gestellten Fragen zu „günstigem Wohnraum“ in der Stadt und der diesbezüglichen Strategie erscheint erst nach Abschluss der Arbeiten zur Wohnraumstrategie sinnvoll.*

Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist des Postulates um zwei Jahre zu verlängern.*

**20 Umgang mit unternehmerischen Risiken bei der Energiebeschaffung in der sgsw**  
erheblich erklärt am 22. März 2016, Fälligkeit 22. März 2018

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, über die Tätigkeit der sgsw im Allgemeinen und über die Energiebeschaffung im Besonderen eine Risikoanalyse vorzunehmen und dem Parlament allenfalls entsprechende Anträge zu stellen. Dabei soll insbesondere die Frage beantwortet werden, ob für die Tätigkeit der sgsw hinsichtlich der Risiken das "Kleid" der unselbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen (noch) angemessen ist.

Stellungnahme:

*Der Strommarkt und der Gasmarkt sind auf europäischer Ebene bereits vollständig liberalisiert und in der Schweiz auf dem Weg dazu. Der Energiehandel ist sehr schnell geworden; Energielieferungen sind innert Tagen zu offerieren und Lieferverträge innert Stunden abzuschliessen. Das Stimmvolk hat am 15. November 2015 die Finanzkompetenzen im Bereich Energiebeschaffung angepasst und eine weiterreichende Delegation der Kompetenzen zur Energiebeschaffung an den Stadtrat beschlossen. Das neue System läuft erst seit rund zwei Jahren. Eine fundierte Auswertung und eine grundlegende Evaluation sind daher noch nicht möglich. Erste Erfahrungen konnten aber gemacht werden, und der Postulatsbericht ist in Erarbeitung. Dieser kann aber nicht fristgerecht bereitgestellt werden.*

Antrag:

*Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.*

**21 Attraktiver öV für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**  
erheblich erklärt am 24. Mai 2016, Fälligkeit 24. Mai 2018

Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, wie eine solche Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung innerhalb des Tarifverbundes umgesetzt werden kann.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht ist in Erarbeitung. Er wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

Antrag:

-

## **22 Öffentliche Vergabe - Auswahl und Gewichtung der Kriterien mit Augenmass!**

erheblich erklärt am 20. September 2016, Fälligkeit 20. September 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie viele Liefer-/Dienstleistungs- und Bauaufträge vergibt die Stadt St.Gallen pro Jahr (Summen und Anzahl)?
2. Welcher Teil (Anzahl und Vergabepreis) der Arbeiten und Dienstleistungsaufträge wird in der Stadt St.Gallen, welcher Teil im Kanton St.Gallen und ausserkantonale und welcher Teil international, aufgeschlüsselt nach Ländern, vergeben?
3. Welche Kriterien kommen bei der Vergabe von Arbeiten und Dienstleistungen durch die Stadt St.Gallen über alle Direktionen hinweg zur Anwendung? Wie werden diese Kriterien gewichtet? Welche Rolle spielen qualitative und volkswirtschaftliche Kriterien, welche die Lehrlingsausbildung?
4. Wie wird die Einhaltung der Kriterien bei der Ausführung der Arbeiten und der Erbringung der Dienstleistungen kontrolliert und durchgesetzt?
5. Wie bewährt sich die geltende Submissionsgesetzgebung in der Praxis?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, dass ortsansässige Gewerbe innerhalb der Richtlinien der VÖB vermehrt einzubeziehen bzw. zu berücksichtigen?
7. Ist der Stadtrat informiert, an wen und welche Arbeiten im freihändigen Verfahren vergeben wurden (Vergaben ab CHF 5'000.00)?

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird fristgerecht eingereicht.*

Antrag:

-

## **23 Erlass einer Tempo 30-Zone an der Gerhaldenstrasse**

erheblich erklärt am 20. September 2016, Fälligkeit 20. September 2018

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, die Gerhaldenstrasse ins Tempo-30 Gebiet aufzunehmen.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird fristgerecht eingereicht. Bei der Beantwortung sollen insbesondere die Ergebnisse zweier extern erstellter Studien berücksichtigt werden.*

Antrag:

-

## **24 Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen**

erheblich erklärt am 28. März 2017, Fälligkeit 28. März 2019 (StS)

Der Stadtrat wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadt St. Gallen vorgibt.

Die Motion „Entschädigungsreglement“ wird teilweise in ein **Postulat „Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen“** umgewandelt und mit abgeändertem

**Wortlaut erheblich erklärt:** „Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob ein Reglement auszuarbeiten sei, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadtverwaltung St.Gallen vorgibt.“

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht ist in Arbeit.*

Antrag:

-

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:  
Abderhalden